Arbeiten in der Öffentlichkeit und dadurch auch im Schutz der Öffentlichkeit. Vielleicht wäre noch zu sagen, daß die Feuerwehractionen von Kirchen und Gruppen auch später im Wettbewerb miteinander standen. Das hat sich z. B. in der sogenannten Schlacht um Zion gezeigt. Das war im November 1987. Da hat die Kirche natürlich versucht, Schadensbegrenzung zu leisten. Aber ehe sich die Verhandlungsführer an den Tisch gesetzt hatten, haben wir gehandelt. Wir haben sofort eine Mahnwache vor der Zionskirche organisiert, und es wurden Transparente an die Kirche gehängt. Ich glaube, auch in dem Falle waren die Gruppen, die eher außerhalb der Kirche standen, aber doch noch unter ihrem Weidendach, schneller und haben mit ihren Aktionen die Freilassung der Inhaftierten erwirkt. Das hat es an verschiedenen Stellen gegeben, einen gewissen Wettbewerb zwischen Kirche und den Gruppen, wer politisch wirksamer ist, wer Veränderungen bewirken kann, wer den Staat zu etwas zwingen, ihn zumindest zum Einlenken bewegen kann. Das war manchmal auch die Kirche. Das waren aber dann in den späten achtziger Jahren mehr und mehr die Gruppen, weil sie weniger Rücksicht nehmen mußten. Sie waren zwar keine akzeptierten Verhandlungspartner, das hätte es nicht gegeben, aber sie waren eine gewichtige Größe. Die Kraft, die manchmal von den Gruppen ausgegangen ist, also auch diese großen Mahnwachen und Friedensgebete im Februar 1988, hat den Staat, denke ich, oftmals mehr beeindruckt als die Verhandlungsführer der kirchlichen Seite.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Vielen Dank. Herr Pfarrer Hilse ist langjähriger Gemeindepfarrer einer Gemeinde in Ostberlin, in Berlin-Treptow. In Ihrer Gemeinde haben sich sehr viele Aktivitäten abgespielt, die Sie keineswegs nur von außen gesehen haben, sondern an denen Sie selbst teilgenommen haben und als Motor gewirkt haben. Man ist als Gemeindepfarrer in einer besonderen Situation. Man ist einerseits nicht Kirchenleitung, hat das also so unmittelbar dem Staat gegenüber nicht zu vertreten, andererseits doch Teil der offiziellen Kirche. Man wird identifiziert mit der Gemeinde als solche, ist also ein Bindeglied. Gestern wurde von der pluralen Verfassung der Kirche gesprochen. Als Gemeindepfarrer hatte man diese Pluralität in der einzelnen Gemeinde sozusagen zu garantieren. Das hat zu besonderen Spannungsverhältnissen geführt, die ja vor dem Hintergrund der Situation, die wir in der DDR hatten, ausgesprochen interessante Ergebnisse hatte. Wie haben Sie das erlebt?

Pfarrer Werner Hilse: Gemeindepfarrer bin ich in Berlin-Treptow. Die Beobachtung oder Bearbeitung, wie man im Stasi-Jargon sagte, fand einen Höhepunkt, als die sogenannten „Üse“, wie sie im offiziellen Sprachgebrauch des Staatssicherheitsdienstes hießen, nämlich die Übersiedlungersuchenden, in die Treptower Kirche kamen. Das war eigentlich die Tabuarbeit in der DDR. Von den Beziehungsängsten zu den Gruppen ist gesprochen worden. Die Kontakte, die wir versucht haben, scheiterten immer daran, daß gesagt wurde:

„Ihr habt keine Legitimation mehr, etwas beizutragen oder für die Situation in der DDR zu sprechen“, vielleicht war es aber auch ein Stückchen Angst, was deutlich wurde – eine doppelte Gefährdung. Im übrigen, mit der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ haben wir es mehrmals versucht. Die haben uns immer im Regen stehen lassen, obwohl Werner Fischer mehrmals gesagt hatte, daß er sich an Aktionen beteiligen würde. Aber er erschien dann eigentlich nie. Es gab also keine Zusammenarbeit. Es gab zwei Formen der Arbeit in Treptow. Die eine Form war die, die kirchlicherseits noch zugestanden wurde, das war die sogenannte Seelsorge. Es sollte Einzelseelsorge sein. Das war nicht möglich. Wir haben eine Gruppenseelsorge gehabt, das heißt, es gab eine Seelsorgegruppe. Ziel dieser Gruppe war die Stabilisierung der Menschen, um das Zerbrechen zu verhindern, und auch ein Stückchen Training, wie man sich bei Gesprächen mit dem Staatssicherheitsdienst und der Abteilung Inneres zu verhalten habe. Die Kirche hat diese Arbeit bejaht. Der Staat hat es mir sehr übelgenommen, daß ich solche Menschen stabilisiere. Die zweite Form der Arbeit war unser Arbeitskreis für thematische Gottesdienste. Das war der Punkt, wo man aus dem privaten Begehren der Ausreise in die Öffentlichkeit trat. An dem Punkt gab es auch mit der Kirche Probleme, denn an dieser Stelle versuchten die Leute, die einen genehmigten Ausreiseantrag hatten, auf Anregung noch einen konstruktiven Beitrag zur Veränderung zu leisten, solange sie noch in der DDR waren. Wir haben versucht, ein Netzwerk aufzubauen, das heißt, DDR-weit zu koppeln: Welche Probleme gibt es in Rostock, Görlitz, Halle, Saalfeld, Weimar, Leipzig? Das ist sehr schnell unterbunden worden. Man hat auf den Autobahnen direkt Jagd auf die Leute gemacht und sie inhaftiert. Es gibt da bewegende Protokolle. Sie sind an die Kirchenleitung gegangen. Ich weiß nicht, was inzwischen damit geschehen ist. Es hat aber auch in diesem Arbeitskreis, den ich geführt habe, drei Verhaftungen gegeben. Die Leute haben dann auch gesessen, und seltsamerweise oder bezeichnenderweise, wie Sie wollen, wurde von kirchlicher Seite die staatliche Lesung übernommen, daß es gegen die Personen und nicht gegen den Arbeitskreis gerichtet war. Ich bin bis heute der Meinung, daß es wahrscheinlich zu den Disziplinierungsmaßnahmen gehörte, die gegen mich gerichtet waren, und daß diese Leute stellvertretend für mich gesessen haben. Es gab, um nur einmal die Stimmung zu kennzeichnen, so etwas ähnliches wie eine Ausreisehymne – ein Kirchenlied, das säkularisiert wurde, dieses Lied „Herr wir stehen Hand in Hand, wandere nach dem Vaterland“.

(Heiterkeit)

Das war ungefähr diese Gruppe. Dann gab es noch eine andere Gruppe in der Treptower Gemeinde. Das war die homosexuelle Selbsthilfegruppe, seit 1980 stark emanzipatorisch, die wir auch gegen oder ohne Zustimmung der Kirchenleitung hatten. Später sind wir zu einer Gemeinde gemacht worden, die an dieser Stelle ein Stückchen experimentieren durfte. Die dritte Form

der Arbeit, die ausschließlich Ost und West betraf, hing mit meiner anderen Funktion zusammen. Ich war lange Zeit Geschäftsführer der Männerarbeit des Bundes. Da wurden Seminare durchgeführt, um die Klammer zwischen Ost und West zu halten. Und da haben Westbesucher hautnah erlebt, wie man beschattet wird, mit Nachgehen usw. Wie würde ich die Sache jetzt beurteilen? Die Beurteilung von seiten des Staatssicherheitsdienstes war klar. Ich wurde als Feind der DDR eingestuft. In kirchlichen Kreisen kam es zu der Verdächtigung: „Der Hilse will auch nur in den Westen, deswegen macht er die Arbeit.“ Es war sehr schwierig zu sagen: Es geht um die Motivation, es geht um Menschen, es geht um ihre Unantastbarkeit, ihre Würde und ihre Freiheit. Daß dieses als Arbeits- und als Handlungsmotiv zugestanden wurde, war sehr schwierig. Bis auf ein ganz konkretes Verbot einer größeren Veranstaltung und Ablehnung jeglichen Rechtsbestandes – übrigens zwei Tage vor Durchführung dieser Veranstaltung, die dann doch stattgefunden hat – gab es sonst kein direktes Eingreifen und keine direkten Verbote der Kirche. Es wurde alles, was diese Arbeit betraf, auf die Verantwortung des Gemeindegemeinderates delegiert. Wie ich aus meinen Stasi-Akten indessen mitbekommen habe, wurde auf diese Art und Weise versucht, dem Hilse ein bißchen den Boden zu entziehen. Wenn sich keine Mehrheit mehr für ihn im Gemeindegemeinderat findet, dann können wir eingreifen, eher nicht. Es ist nicht dazu gekommen. Ich sage jetzt schade, es hätte mich interessiert, was passiert wäre, wenn ich dennoch weitergemacht hätte. Es gab ein zweites konkretes Verbot an dieser Stelle. In Treptow sind sehr viele illegale Zeitungen gedruckt worden, unter anderem „Die Arche“ oder „Kontext“, auch die Geschichte mit „Pflugbeil“ ist bei uns gemacht worden. Das war möglich, weil ich als Geschäftsführer des Bundes über die technischen Möglichkeiten verfügte. Dann wurde mir vom Sekretär des Bundes untersagt, diese technischen Möglichkeiten zu nutzen, um weiterhin Gruppenarbeit zu fördern und zu unterstützen. Es wurde aber trotzdem weitergemacht, davon abgesehen. Ziel, auch im Gemeindegemeinderat, war eigentlich, eine sogenannte Zensur einzuführen, das heißt, daß wir es bei den Veranstaltungen, die wir planten, so wie die Friedenswerkstatt machen, also die Texte vorher vorlegen sollten. Das haben wir nicht mitgemacht, das haben wir strikt abgelehnt. Sehr großen Ärger erregte bei den Kritikern immer wieder, daß in unseren Veranstaltungen ein großer Raum zu sogenannten spontanen Fürbitten gelassen wurde, weil die Angst vorhanden war, es könnte einer aufstehen und im Blick auf unsere Regierung sagen: „Herr, erlöse uns von diesem Übel.“

(Heiterkeit)

Es wurde auch gefragt, wie die Einstellung zum Kirchenvolk war. Was das Kirchenvolk betrifft, muß ich sagen, daß es sich sehr bald, als die Gruppen auftauchten und die Gemeinde überfremdeten – es ist in den Protokollen immer von Kirchenbesetzungen die Rede –, zurückzog. Das

war auch genau der Ansatzpunkt, um Differenzierungen in der Gemeinde durch die IM herbeizuführen und über die Kirchenleitung zu versuchen, den Hilse in der Gemeinde zu isolieren und ihm damit das Hinterland zu entziehen. Nach dieser ganzen Gruppenarbeit – nach 1989 – kam die normale Gemeinde wieder zum Vorschein und es geschah das, was schon gesagt wurde: Es wurde bei der Arbeit angeknüpft, als ob nichts passiert wäre. Auch jetzt, wo wir ein Stückchen Aufarbeitung der Vergangenheit versucht haben und einen Gesprächszyklus mit Stasi-Offizieren und unserem Bezirksbürgermeister hatten, ist dieser öffentliche Gesprächsgang abgelehnt worden – keine Öffentlichkeit. Sie ist auch an dieser Stelle wieder abgelehnt worden. (Zwischenruf: Von wem?) Von Gemeindegliedern. Es ist auch da wieder zu so einem Stückchen Diffamierung gekommen, indem gesagt wurde: Jetzt bastelt er noch an seinem Heiligenschein. Was ich vielleicht noch bemerken möchte, ist dieses, daß es bei den Verhaftungen keinen Einsatz zur Freilassung gegeben hat. Es wurde den Angehörigen gesagt: Wenn sie in die DDR entlassen werden, wollen wir uns einsetzen. Aber das war bei Antragstellern ja nicht der Fall. Das hat uns sehr belastet und sehr enttäuscht. Was die Frage mit „Einheit Deutschland“ betrifft, da kann ich eigentlich nur darauf hinweisen, daß wir drei Tage nach der Grenzöffnung im November 1989 eine Veranstaltung hatten über „Einheit Deutschland“, wo alle anwesenden Journalisten wie auch Gruppenvertreter sich einig waren: Auf keinen Fall die Einheit, obwohl sie schon längst vollzogen war in diesem Augenblick. Danke schön.

(Beifall)

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Ja, Propst Heino Falcke, auf Sie ist schon hingewiesen worden als einer der wichtigen Motoren des konziliaren Prozesses, aber Ihre Aktivitäten beginnen weit früher, sie beginnen bereits in den siebziger Jahren. Sie reichen auch zurück in die achtziger Jahre und hängen mit dem Versuch zusammen, den Sozialismus auszutesten auf seine Reformierbarkeit hin – „veränderlicher Sozialismus“, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Sie haben den Weg der Gruppen solidarisch begleitet. Sie haben ihn versucht anzustoßen. Herr Hilse hat eben ein wenig das Bedauern darüber anklingen lassen, daß die Gruppen sich gelöst haben, obwohl sie ein integraler Bestandteil doch der Gemeindegarbeit waren. Herr Weißhuhn meinte, es sei der Kirche passiert, was an Oppositionsbewegung innerhalb der Kirche stattgefunden habe. Sehen Sie das ähnlich?

Propst D. Heino Falcke: Ich kann daran unmittelbar anknüpfen, Herr Hilsberg. Ich möchte vielleicht drei Punkte benennen. Mein erster Punkt ist genau, die Spannung zwischen den gesellschaftlich engagierten Gruppen und der Kirche in ihrer Intensität und Unauflöslichkeit noch einmal deutlich zu machen. Es ist ja schon gesagt worden: Das Neue dieser Gruppen war, daß sie nicht aus der Kirche, etwa aus ihren missionarischen Bemühungen